



Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

32. Sitzung (öffentlich)

3. April 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:20 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1 Der Brexit und die Potenziale des Binnenmarktes für NRW	6
Vorlage 17/1877	
– Bericht von Staatssekretär Christoph Dammermann (MWIDE), Aussprache.	
2 Folgen des aktuellen Großangriffs auf persönliche Daten für die Wirtschaft in NRW	22
Vorlage 17/1736 und Vorlage 17/1904	
– Bericht von StS Christoph Dammermann (MWIDE), Aussprache.	

3 Bürokratieabbau bei Mieterstromprojekten vorantreiben 27

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3797

APr 17/498

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/die Grünen **Drucksache 17/3797** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

4 Mehr adaptiven Bevölkerungsschutz statt Klimanationalismus – Landesregierung muss Rheinvertiefung auf den Weg bringen und Kohlenstoffsteuer verhindern 32

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/4295

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der Fraktion der AfD **Drucksache 17/4295** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **ab**.

5 Potenziale der Photovoltaik in Nordrhein-Westfalen ausschöpfen – Energiewende stärken 36

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4632

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5564

Entschließungsantrag
der SPD-Fraktion
Drucksache 17/5645

Der **Ausschuss stimmt** dem **Antrag** der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **Drucksache 17/4632** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der

Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion **zu**.

Der **Ausschuss lehnt** den **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 17/5564** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

Der **Ausschuss lehnt** den **Entschließungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 17/5645** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

6 Die Metropole Ruhr mit einem städtebaulichen Sonderprogramm aktiv und finanziell bei der Ausrichtung der Internationalen Gartenbauausstellung 2027 unterstützen **45**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/4794

Stellungnahme 17/1322
Stellungnahme 17/1331
Stellungnahme 17/1336
Stellungnahme 17/1340
Stellungnahme 17/1344
Stellungnahme 17/1349
Stellungnahme 13/1350

Die Beratung wird vertagt.

7 Glücksspielstaatsvertrag – Aktueller Stand zur Umsetzung und zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Abstandsregeln **46**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1934

– Aussprache.

**8 Folgen der Abschaffung von Steinkohlekraftwerken im Zuge der
Umsetzung der Beschlüsse der WSB-Kommission 49**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1786 und
Vorlage 17/1905

– Aussprache.

**9 Kehrwende in der Windenergiepolitik: Wie erreicht die Landes-
regierung die angekündigte Verdoppelung der Windenergie bis 2023? 57**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1906

– Diskussion.

* * *

4 Mehr adaptiven Bevölkerungsschutz statt Klimanationalismus – Landesregierung muss Rheinvertiefung auf den Weg bringen und Kohlenstoffsteuer verhindern

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/4295

Vorsitzender Georg Fortmeier teilt mit, der Antrag der AfD-Fraktion sei vom Plenum am 28. November 2018 zur Federführung an den Wirtschaftsausschuss, zur Mitberatung an den Verkehrsausschuss sowie an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz überwiesen worden. Am 19. Dezember habe der Wirtschaftsausschuss erstmals über den Antrag beraten und beschlossen, diesen Antrag ohne Anhörung zu beschließen. Der Verkehrsausschuss habe am 10. Januar 2019 mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen den Antrag gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt. Der Umweltausschuss habe den Antrag mit dem gleichen Abstimmungsergebnis am 13. März 2019 abgelehnt.

Christian Loose (AfD) führt aus, aktuell finde aus Sicht der AfD eine unglaubliche Geldverschwendung in NRW statt. Jährlich werde ein dreistelliger Millionenbetrag ausgegeben, um das Klima zu schützen, zu verändern. Das sei verschwendetes Geld. Es gebe gute europäische Lösungen wie den Zertifikathandel, der vieles schon bewirke. Die Instrumente, die von der Landesregierung angefügt würden, hätten keine effektive Wirkung. Es habe eine Studie gegeben, wonach von einem Euro, der in Deutschland für den Klimaschutz ausgegeben werde, drei Cent effektiven Nutzen brächten.

Mit dieser Verschwendung müsse man aufhören und stattdessen die Gelder für die Klimafolgenbekämpfung einsetzen, das betreffe Instrumente wie den Hochwasserschutz, der erfolgreich in den Niederlanden seit Jahrhunderten betrieben werde, und auch die Rheinvertiefung. Es sei schon sehr erstaunlich, dass im Plenum nicht ein einziger Kollege zum Thema „Rheinvertiefung“ gesprochen habe. Hier könnten immerhin bis zu 800.000 Lkw-Transporte pro Jahr verhindert werden, indem man von der Straße auf den Rhein übersetze. Kein Einziger habe im Plenum dazu gesprochen, während man doch sonst immer dafür sei, Transporte von der Straße auf die Schiene zu bringen. Das wäre ein echter Beitrag für den Umweltschutz. Er hoffe, dass die anderen Fraktionen noch einmal über den Antrag nachgedacht hätten und zu einem anderen Ergebnis gekommen seien. Er bitte um Zustimmung zu dem Antrag.

André Stinka (SPD) betont, seine Fraktion habe noch einmal über den Antrag nachgedacht. Die Ausführungen von Herrn Loose hätten ihn in der Ablehnung bestärkt. Er habe deutlich gemacht, dass das Problem nicht als globales Problem gesehen werde, man solle einfach den Rhein vertiefen, dann werde alles gut. Deutschland sei ein Land in einer globalen Welt und habe daher Verantwortung für den Klimaschutz gemeinsam mit anderen Ländern zu übernehmen.

Es werde angeführt, dass die Wirtschaft extrem belastet werde. Wenn Herr Loose auf dem Verbandstreffen des VCI am Vorabend gewesen wäre, hätte er gesehen, dass gerade die nordrhein-westfälische Industrie im Bereich von erneuerbaren Energien, im Bereich von Klimaschutzmaßnahmen eine Spitzenposition einnehme. Das wolle man als Sozialdemokrat in die Welt tragen, um das Klima zu schützen. Deshalb liege die AfD mit den Annahmen, was die Wirtschaftsbelastung angehe, voll daneben. Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Dietmar Brockes (FDP) lehnt den Antrag ab. Die AfD wolle der Verantwortung nicht gerecht werden, deshalb lehne sie auch den Zertifikathandel entsprechend ab. Genau das wäre aber der Punkt, um dem Klimaschutz gerecht zu werden. Der Zertifikathandel gebe CO₂ in der EU als auch darüber hinaus einen Preis. All das lehne die AfD-Fraktion ab.

Dr. Christian Untrierer (CDU) betont, dieser Antrag sei unglaublich schlecht gemacht, er werfe auch alles durcheinander. Er frage sich, wie man vom Thema „Rheinvertiefung“ auf Klimaschutz und Kohlenstoffsteuer komme. Alles werde durcheinandergemixt. Der Antrag sei handwerklich eine Katastrophe. Das mache die AfD immer. Die AfD beschreibe sich als freiheitliche Partei, im gleichen Zug habe sie im Europa-Wahlprogramm den Dexit drin. Die AfD stelle sich immer dar als Partei von Anstand und Ordnung. Wenn man die letzten Wochen verfolgt habe, was die AfD für Spendenskandale und rechtskräftige Verurteilungen einiger Mitglieder habe, dann dürfe man sich nicht mehr hinstellen und sagen, man sei die Partei von Anstand und Ordnung. Die AfD sei genau das Gegenteil.

In dem Antrag stehe, man sollte für die Rheinvertiefung sein, das sei ja ein Beitrag zum Umweltschutz. Die AfD sage doch immer, es gebe keinen anthropogenen Klimawandel. Dann brauche man auch keinen Umweltschutz. Hier werde wie Kraut und Rüben argumentiert, es gehe von hinten nach vorne, das sei absoluter Unsinn. Da sollte die AfD doch erst klären, wie sich die AfD positioniere. Von Herrn Gauland lese er, dass er sage, es gebe den anthropogen verursachten Klimawandel nicht. Er frage Herrn Loose, ob er das auch so sehe oder nicht. Er müsse Farbe bekennen und Ordnung im eigenen Haus schaffen. Es liefen verschiedene Kandidaten in Nordrhein-Westfalen herum. Da sollte die AfD doch schauen, dass sie die Leute loswerde, die in einer schlimmen Ecke unterwegs seien. Das wäre die Aufgabe, die Herr Loose und seine Kollegen hätten. Der Antrag gehe nicht nur in der Sache in die vollkommen falsche Richtung, sondern er sei auch schlecht gemacht. Deswegen lehne seine Fraktion ihn ab.

Wibke Brems (GRÜNE) erklärt, sie könne sich vielen Einschätzungen ihrer Vorredner anschließen. In der Debatte im Plenum sei bereits angesprochen worden, dass in dem Antrag beispielsweise auf Studien verwiesen werde, die vollkommen falsch interpretiert würden. Wenn man sich dieses Wetterjahr 1540 anschau, das benutzt werde, um das zu relativieren, was im letzten Jahr passiert sei, und wenn man sich genau

angucke, was in der Studie stehe, dann merke man, dass diese Studie dazu beigetragen habe, dass man zukünftige Wetterereignisse noch besser verstehe. Das sei genau das Gegenteil von dem, was die AfD hier erreichen wolle.

Der heutige Beitrag von Herrn Loose habe dazu beigetragen, einiges zu klären, dass die AfD es nämlich als Geldverschwendung ansehe, wenn etwas in der direkten Umgebung und für das Klima getan werde. Das halte die AfD für Geldverschwendung. Ihre Fraktion lehne den Antrag ab.

Christian Loose (AfD) meint, Frau Brems sollte einmal schauen, wo Deutschland im Klimaschutz-Ranking stehe mit den ganzen Milliarden, die man ausgegeben habe, mit denen man doch so erfolgreich gewesen sei. Dann müsse man schauen, dass nur 3 Cent wirklich effektiv gewesen seien. Dann könne man auch verstehen, was er mit Geldverschwendung meine. Da sei letztendlich das Geld der Steuerzahler.

An Herrn Brockes gewandt, fährt der Redner fort: Rückhaltebecken: Die Stadt Rösrath habe gerade für 2,6 Millionen Euro ein Regenrückhaltebecken gebaut, um Starkregenereignisse bewältigen zu können, angeführt von einem CDU-Bürgermeister und von Grünen und FDP.

Herr Stinka sei beim VCI gewesen, er sei beim Deutschland Radio gewesen. Man könne nicht überall gleichzeitig sein. Heute gebe es einen Artikel in der „FAZ“: „Deutsche Metallindustrie fällt international zurück.“ Dann komme ein Teil zu den Stromkosten. Die Preise für Industriestrom hätten im vergangenen Jahr mit 131 Euro je Megawattstunde, 13,1 Cent pro Kilowattstunde, fast ein Viertel über dem Schnitt der Konkurrenten gelegen.

Herr Untrieser sollte sich in seiner eigenen Fraktion einmal umschaun. In den letzten Tagen sei ein Verfahren gegen einen Parteikollegen der CDU eingestellt worden mit 3.000 Euro Geldbuße, der versucht habe, AfDler zu verleumden. Er erinnere auch an die jüdischen Vermächtnisse in CDU-Parteikreisen. Das seien die großen Dinge. Bei der FDP könne man fragen, wie es mit dem Versorgungswerk im Bundestag aussehe. Da habe die AfD noch sehr viel Luft nach oben, wenn man an die Verfehlungen der anderen Parteien herankommen wolle.

Klimaschutz sei nicht Umweltschutz. Bei Umweltschutz gehe es um saubere Luft, sauberes Wasser. Wenn man sich anschau, welche Gelder hier verschwendet würden, während in Afrika, weltweit, 2 Milliarden Menschen kein sauberes Trinkwasser hätten, und man verpulvere das Geld ohne Sinn und ohne Verstand, dann sei das eine Schande für Deutschland.

StS Christoph Dammermann (MWIDE) hält fest, die Landesregierung bekenne sich zu den Zielen des Klimaabkommens von Paris und könne in dem Antrag keine Aspekte entdecken, die bei diesem Ziel nützlich sein könnten.

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der Fraktion der AfD
Drucksache 17/4295 mit den Stimmen der Fraktionen von

CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **ab.**